

Schwerin: Gebäudereiniger protestieren gegen Kürzung von Landesaufträgen

Die Büros der Landesverwaltung sollen künftig nur noch alle zwei Wochen gereinigt werden – Sparmaßnahme, verordnet vom Finanzministerium. Für Reinigungsfirmen ein Schlag ins Kontor. Am Mittwoch übergaben sie in Schwerin eine Petition an den Landtag.

Schwerin

Vertreter des Handwerks in Mecklenburg-Vorpommern haben am Mittwoch vor dem Landtag in Schwerin gegen den Verlust staatlicher Aufträge protestiert. An Landtagspräsidentin Birgit Hesse überreichten sie symbolisch mehrere Werkzeuge und eine Petition, in der sie die jüngste Auftragsreduzierung für die Gebäudereinigung anprangern. Damit sei eine rote Linie überschritten, heißt es in dem Schreiben.

„Zu Beginn der Corona-Krise wurden wir als Helden gefeiert, weil wir für Hygiene auf Fluren und in Büros sorgen. Dann strich man Aufträge und verpflichtete Beamte, selbst den Boden zu saugen“, sagte Wolfgang Molitor von der Gebäudereiniger-Innung. Nach seinen Angaben fallen jährlich 50 000 Arbeitsstunden weg. Das Beispiel schüre Sorgen auch in anderen Branchen.



Vertreter des Handwerks in Mecklenburg-Vorpommern protestieren vor dem Landtag in Schwerin gegen den Verlust staatlicher Aufträge. Als Reaktion auf die coronabedingte Verringerung der Büropräsenz in der Verwaltung hatte die

Landesregierung die Vergabe von Reinigungsleistungen eingeschränkt. Quelle: Frank Pfaff/dpa

Als Reaktion auf die coronabedingte Verringerung der Büropräsenz in der Verwaltung hatte die Landesregierung die Vergabe von Reinigungsleistungen eingeschränkt. Die Putzintervalle wurden verlängert, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Verwaltung verpflichtet, ihre Büros dazwischen selbst zu reinigen. Laut Finanzministerium sind davon nur Büro-, nicht aber Versammlungsräume und Einrichtungen mit Publikumsverkehr betroffen. Zudem würden Türklinken und Handläufe nun täglich durch Fachkräfte gereinigt, hieß es.

Bei einer zweiten Aktion vor dem Landtag wandten sich zahlreiche Demonstranten gegen die Schließung von Einrichtungen der Kinder- und Frauenheilkunde. Um den Erhalt von solchen Klinik-Abteilungen wird im Nordosten seit langem gerungen.